

06.07.2009, 10:49 Uhr

## Energiedebatte

### SPD setzt weiter auf Kohle

von Daniel Delhaes, Klaus Stratmann und Jürgen Flauger

In der SPD wächst der Druck, noch vor der Bundestagswahl ein deutliches Plädoyer für eine Stromversorgung mit Stein- und Braunkohle abzugeben. Intern ringt die Partei um ihren Energiekurs: SPD-Umweltpolitiker äußerten Bedenken, sie wollen lieber die erneuerbaren Energien ausbauen.



Will die Bundesregierung ihre Klimaziele einhalten, muss sie die CCS genannte Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid vorantreiben.  
Quelle: ap

BERLIN/DÜSSELDORF. Als Vehikel dient eine Arbeitsgruppe der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hat sich vergangene Woche mit einem entsprechenden Gutachten beschäftigt. An der Sitzung nahmen neben SPD-Politikern, Vertreter des Umweltministeriums, der Umweltverbände und der Gewerkschaften sowie Vertreter der Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall teil.

„Wir wollen noch vor der Wahl ein entsprechendes Positionspapier veröffentlichen“, bestätigte Stephan Kohler, Leiter der Gruppe und Chef der Deutschen Energieagentur, dem Handelsblatt. Er vertritt den Kurs von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der trotz der Probleme für die Umwelt die Verstromung von Kohle für unerlässlich hält. Andere Sozialdemokraten wie Hermann Scheer und Fraktionsvize Ulrich Kelber wollen lieber die erneuerbaren Energien massiv ausbauen.

Die Arbeitsgruppe um Kohler, der auch Kelber angehört, versucht nun einen Kompromiss zu finden. Eine Argumentationshilfe bietet dazu ein Gutachten des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), das die Gruppe in Auftrag gegeben hat. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Kohle bei der Stromerzeugung in Deutschland, Europa und weltweit eine „entscheidende Rolle“ spielt und „diese Bedeutung auch in Zukunft haben“ wird. Die Abspaltung und Speicherung von Kohlendioxid wird dabei als „eine entscheidende Technologieoption für die Erreichung langfristiger Klimaziele“ bezeichnet.

SPD-Umweltpolitiker kritisieren, die Technologie der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid („Carbon Capture and Storage“, kurz CCS) manifestiere industrielle Großstrukturen bei der Stromproduktion und behindere den Aufbau einer dezentralen Erzeugungsstruktur. Kohler hingegen betont, dass CCS nicht nur als Technologie für neue Kohlekraftwerke nötig sei. „CCS heißt nicht unbedingt, Kohlendioxid zu speichern, sondern alternative Verwendungsformen für das Klimagas zu erforschen“,

sagte er. So sei CCS wichtig, damit Raffinerien oder auch Biomasse-Kraftwerke in Zukunft Klima schonend arbeiten können. „CCS ist nicht nur ein Kohlethema.“

Die SPD will im Wahlkampf für Umwelttechnologien als Wachstumsmotor werben. Kohler ist davon überzeugt, dass sich CCS in Kohleländer wie China, Russland und Amerika exportieren ließe. Umweltpolitiker wie Ulrich Kelber dagegen sagen, es gebe „keine Notwendigkeit, den SPD-Kurs neu zu bestimmen“. Mit dem Wahlprogramm habe sich die Partei Mitte Juni festgelegt. Darin findet sich eine weiche Formulierung zu CCS.

Die Energiekonzerne selbst setzen auf CCS, weil sie eine sichere Stromversorgung ohne die Braun- und Steinkohle auf lange Sicht für unmöglich halten. Deshalb ist für sie die Haltung der Sozialdemokraten zur Kohle von großer Bedeutung, sollte nach der Bundestagswahl die Große Koalition weiterregieren. In dieser Legislaturperiode hatten Union und SPD ihre Zusage nicht gehalten, ein CCS-Gesetz zu verabschieden. Nur wenn der gesetzliche Rahmen steht, können die Unternehmen ihre Projekte weiter vorantreiben.

Die Energiekonzerne versuchen zwar wegen der steigenden Kosten des Handels mit Emissionszertifikaten ihre Abhängigkeit von der Kohle zu verringern, räumen der Kohle aber noch auf Jahre hinaus einen erheblichen Anteil am Energiemix ein. Eon beispielsweise will den Anteil der Stein- und Braunkohlekraftwerke an der konzernweiten Stromerzeugung von derzeit 34 Prozent bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent zurückdrängen. Kohle wäre dann nach den erneuerbaren Energien, die 36 Prozent stellen sollen, und Gas mit einem Anteil von 31 Prozent nur noch der drittgrößte Energieträger. Auch wenn der Anteil von Wind, Sonne oder Biomasse deutlich steigt, würden die fossilen Energieträger aber noch lange unverzichtbar sein, meint Vorstandschef Wulf Bernotat: „Wenn wir die dreifache Zielorientierung ‚sicher, klimafreundlich, wirtschaftlich‘ ernst nehmen, dann werden wir noch für Jahrzehnte einen breiten Energiemix aus allen verfügbaren Technologien benötigen.“

Noch drängender ist das Problem für die Konkurrenten RWE und Vattenfall, die selber in großen Tagebaubetrieben Braunkohle abbauen. Sie investieren in entsprechende Kraftwerke, forschen an kohlendioxidfreien Anlagen und drängen auf verlässliche Rahmenbedingungen.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/spd-setzt-weiter-auf-kohle;2426131>

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: [www.iqm.de](http://www.iqm.de) (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | Sitemap | Archiv

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).